Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Meß-Auflage 18,750.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 30 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 266. Montag den 22. September 1884. 78. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung,
die An- und Abmeldungen der Fremden betr.

Mit Rücksicht auf den demnächstigen Beginn der **Michaelismesse** bringt das unterzeichnete Amt die nachstehenden Bestimmungen des **Melderegulativs** mit dem Bemerken in Erinnerung, daß die Vernachlässigung dieser Vorschriften Geldstrafe bis zu 50 ℳ oder entsprechende Haftstrafe nach sich zieht.

Zugleich wird bekannt gegeben, daß die Expeditionen der 2. Abtheilung des Meldeamtes **(Reichsstraße Nr. 53)** während der Vorwoche der Messe Vormittags von 7 bis 12 Uhr und Nachmittags von 2 bis 7 Uhr, sowie an den Sonntagen Vormittags von 9 bis 12 Uhr dem Publicum geöffnet sind.

Leipzig, den 20. September 1884.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. Daegner, Secr.

Auszug
aus dem Melderegulativ der Stadt Leipzig **vom 10. October 1883.**

§. 11. Jeder in einem **Gasthofe** oder in einem mit **Herbergsberechtigung** versehenen ähnlichen Etablissement einkehrende und über Nacht bleibende Fremde ist vom Gastwirth oder Quartiergeber und zwar, falls er **vor 3 Uhr** Nachmittags ankommt, noch am **Tage der Ankunft**, andernfalls aber am folgenden Morgen spätestens bis 10 Uhr beim Meldeamt des Polizeiamts, Abth. II, schriftlich mittelst des vorgeschriebenen und für jeden Fremden besonders auszufüllenden Formulars anzumelden. Befinden sich in Begleitung des Fremden Familienmitglieder, Dienerschaft oder sonstige Personen, so sind dieselben auf dem nämlichen Zettel mit zu verzeichnen.

Zugleich mit diesen täglichen Anmeldungen ist auch die Abmeldung der inzwischen abgereisten derartigen Fremden zu bewirken.

§. 13. Die in **Privathäusern** absteigenden Fremden, sogenannte **Besuchsfremde**, sind, sobald sie **länger als 3 Tage** hier verweilen, spätestens am 4. Tage, von erfolgter Ankunft an, vom Quartierwirth beim Meldeamt, Abth. II, oder der betreffenden Polizeibezirkswache mündlich oder schriftlich mittelst des vorgeschriebenen Formulars anzumelden. Bei den etwa in Privathäusern Quartier nehmenden **Meßfremden** jedoch hat diese Anmeldung in jedem Falle, auch wenn sie nur eine Nacht hier bleiben, und zwar binnen **24 Stunden** von der Ankunft an, beim Meldeamt, Abth. II, zu geschehen.

In gleicher Weise ist die Abmeldung binnen 3 Tagen, bei **Meßfremden** binnen 24 Stunden von erfolgter Abreise des Fremden oder etwa erfolgter Wohnungsveränderung an zu bewirken.

§. 14. Beabsichtigt ein Fremder **länger als drei Tage** hier zu verweilen, so bedarf er dazu eines für die Zeit des Aufenthalts vom Meldeamt, Abth. II, ausgestellten **Meldescheins.** Nach Ablauf der auf dem Meldeschein bemerkten Gültigkeitsdauer ist, daferne der Fremde noch weiter hier verweilen will, beim Meldeamte um **Verlängerung** des Scheines nachzusuchen.

Die **Quartierwirthe** sind daher, daß dieser Bestimmung allenthalben nachgegangen werde, **mitverantwortlich.**

Bekanntmachung.

Wegen Reinigung der Expeditionslocale des Königlichen Standes-Amts und der Casse für die Friedhöfe wird an beiden Stellen

Dienstag, den 23. und
Mittwoch, den 24. September,
nur Vormittags von 8 bis 11 Uhr expedirt.

Leipzig, den 21. September 1884.

Das königl. sächsische Standes-Amt.

Bekanntmachung.

Behufs Besichtigung und eventueller Reparatur des Sohlenpflasters in der Ueberwölbung des **Elstermühlgrabens** wird derselbe **vom 24. bis 30. dss. Mts. abgeschlagen** werden.

Leipzig, den 20. September 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Cerutti.

Auction.

Mittwoch, den 24. September ds. Js., Vormittags 9 Uhr, sollen in **Plagwitz**, Bahnhofstraße Nr. 26, 13 dynamisch-elektrische Maschinen, 1 Walzenmaschine zu größeren Blechen, 1 dergleichen zu kleineren Blechen, 2 Polirmaschinen, 1 Bohrmaschine, 1 Abkantenmaschine, 1 Schleifmaschine, 1 Dampfscheere mit Apparat, 1 Handscheere, 4 Heizungsregister, 10 verstellbare Schraubböcke, 12 Behälter zu Nickelbädern, 2 Wasserbehälter von Stein, ca. 20 Centner Nickelblech, ferner Comptoir-Utensilien, darunter 2 Geldschränke, 4 Schreibepulte, 2 Comptoirtische, 2 Comptoirschränke, 3 Schreibsessel sowie 1 Sopha, 2 Lehn- und 2 Rohrstühle und verschiedene andere Gegenstände meistbietend gegen sofortige Baarzahlung versteigert werden.

Leipzig, am 15. September 1884.

Handtrag, Gerichtsvollzieher.

Waarenbörse zur Leipziger Michaelismesse.

Mit der bevorstehenden Michaelismesse soll wiederum eine Waarenbörse verbunden werden, und zwar wird dieselbe

den 22., 23. und 24. September d. J.
Nachmittags von 4 bis 5 Uhr

in den Räumen der **Börsenhalle**, Brühl 17, welche zu diesem Behufe den geehrten Meßbesuchern jedesmal von 3 Uhr an gegen Einzeichnung ihres Namens **unentgeltlich** geöffnet sein wird, unter Theilnahme von Mitgliedern der unterzeichneten Handelskammer abgehalten werden. Die neuesten Zeitungen, Telegramme ꝛc. liegen daselbst aus. Auch wird Gelegenheit geboten sein, geschäftliche Einzeichnungen durch Anheften von Karten an eine Tafel zur Kenntniß der übrigen Besucher zu bringen.

Leipzig, den 10. September 1884.

Die Handelskammer.
Dr. Wachsmuth, Vors. Dr. Gensel, S.

Fabrik-Verkauf.

Zwei in hiesigem Orte neben einander gelegene Fabrikgebäude sind durch den unterzeichneten Stadtrath zu verkaufen. Die Gebäude liegen an der projectirten Eisenbahn Wilischthal-Ehrenfriedersdorf und werden mit dieser durch Zweiggeleise verbunden. In den Gebäuden befinden sich vier Arbeitssäle von 264, 220, 130 und 120 Quadratmetern Flächeninhalt, außerdem 22 andere große Zimmer und Kammern. Zu dem Etablissement gehören noch Stallung, Scheune und 29 Acker Feld, Wiese und Wald. Die Grundstücke werden zusammen oder getheilt verkauft. Zu den Fabriken gehört eine starke erhaltende Wasserkraft, zwei Wasserräder von 11, beziehentlich 5 Metern Höhe. Die Arbeitslöhne im hiesigen Orte sind niedrig.

Ehrenfriedersdorf, den 17. September 1884.

Der Stadtrath.
Bürgermeister Rüder.

Auction.

Dienstag, den 23. September 1884,
von Vormittags 10 Uhr ab,

sollen im Auctionslocale des Königlichen Amtsgerichts Pirna eine Partie Möbel, darunter 2 Büffets von Nußbaum, 1 großer Kleiderrode- und dergl. Bauernschrank, Schreib- und Kleidersecretaire, Sophas, Tische, Spiegel, Stühle, 1 Damenschreibtisch, 1 Verticom, ferner 1 Pianino, 1 Ladeneinrichtung, 1 Brückenwaage, sowie 1 goldene Damenuhr, 2 goldene Ringe und verschiedene andere Gegenstände meistbietend gegen sofortige Baarzahlung versteigert werden.

Leipzig, am 20. September 1884.

Handtrag, Gerichtsvollzieher.

Nichtamtlicher Theil.

Zu den Wahlen.

Der Termin für die Reichstagswahlen ist auf den 28. October festgesetzt, genau einen Tag nach Ablauf der Legislaturperiode des letztgewählten Reichstages. Dadurch erübrigt sich die Auflösung desselben, er ist der Verfassungsbestimmung gemäß drei Jahre versammelt gewesen. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß der neue Reichstag dem alten sehr unähnlich sein wird. Während in diesem die extremen Parteien die Oberhand hatten, wird der neue Reichstag voraussichtlich den gemäßigten Parteien einen größeren Raum gewähren, die Nationalliberalen und Freiconservativen werden hoffentlich bedeutend an Boden gewinnen, wenn ja auch nach Lage der Dinge nicht anzunehmen ist, daß sie für sich allein die Mehrheit bilden werden. Derjenige Partei, welche ein solches Ergebniß verhindert, das Centrum, übt leider auf ihre Wähler einen so unbedingten Einfluß aus, daß eine eigentliche politische Meinung bei ihnen gar nicht aufkommen kann, die Wähler verwechseln in diesem Bannkreise das Wahlrecht mit ihren religiösen Pflichten, sie glauben diese zu verletzen, wenn sie nicht den vom Geistlichen bezeichneten Candidaten wählen. Das ist eine Thatsache, mit welcher wir rechnen müssen, aber diese Thatsache lastet schwer auf unserer politischen Entwickelung und läßt sie nicht in gesunde Bahnen einlenken. Aehnliche Verhältnisse walten bei den Polen, Elsässern und Welfen ob. In diesen Wählerkategorien bilden die bestehenden Ueberlieferungen das bestimmende Moment. Daran läßt sich nichts ändern, hier kann nur die Zeit allmälig ihren wohlthätigen Einfluß üben und diese Parteibildung nach und nach verschwinden lassen. Auf conservativer Seite fehlt es nicht an Zeichen dafür, daß die extremen Anhänger dieser Partei sich wesentlich vermindert haben, weil viele derselben sich der gemäßigten Richtung zuwandten. Es ist dazu nicht nöthig, daß die bisherigen Kreuzritter sich sogleich zu den Freiconservativen schlagen, aber es wird sich vermuthlich innerhalb der deutschconservativen Richtung eine Spaltung zwischen Extremen und Gemäßigten vollziehen.

Von großer Wichtigkeit für die nächsten Wahlen ist die Haltung der Arbeiter. Wenn auch die Socialdemokratie wahrscheinlich keine Einbuße an Wählern erleiden wird, so ist es doch unzweifelhaft, daß sich in Arbeiterkreisen vielfach die Ueberzeugung von der Heilsamkeit der Bismarck'schen Socialpolitik Bahn gebrochen hat. Viele, welche dieser Richtung angehören, werden zwar die Reihen der socialdemokratischen Wähler verstärken, aber sie werden es in der Voraussicht thun, daß die Gewählten den Bismarck'schen Plänen Aufmerksamkeit und Förderung zu Theil werden lassen. Hat sich doch schon in der verflossenen Legislaturperiode diese Wandelung vollzogen, ein Theil der socialdemokratischen Abgeordneten hat die Vorschläge der Reichsregierung der Prüfung und Annahme werth erachtet, wenn auch Uebereinstimmung darüber bisher nicht erzielt wurde.

Wir kommen jetzt zu der Aufgabe, welche die nationalliberale Partei bei den bevorstehenden Wahlen zu erfüllen hat. Sie besteht darin, daß zunächst alle wahlberechtigten Mitglieder dieser Partei sich zu einer festen Masse organisiren und sich die hohe Wichtigkeit der Wahl vom 28. October klar machen, daß keiner am Wahltage theilnahmlos zur Seite stehen bleibt, sondern alle das ihnen zustehende wichtige Recht auch ausüben. Die Gleichgiltigkeit über das zu erwartende Wahlergebniß war es zumeist, welche den Rückgang der nationalliberalen Partei in den letzten Legislaturperioden verschuldet hat, die Meinung, daß ja doch durch das Ausbleiben oder Hinzutreten dieser oder jener Stimme nichts an der Thatsache der Ueberlegenheit der Gegner geändert werde. Die Gegner haben aus dieser Gleichgiltigkeit und Verzagtheit Nutzen gezogen und sind aus den Wahlen mit verstärkten Streitkräften hervorgegangen, während das Erscheinen aller wahlberechtigten Nationalliberalen an der Wahlurne dieses Ergebniß ganz anders gestaltet hätte. Wir haben es in der letzten Reichstagssession gesehen, wie viel auf eine Stimme ankommt. Wie oft schwankte die Mehrheit um diese, und entscheidende für das Wohl und Wehe der ganzen Nation hochwichtige Abstimmungen, wie die über die Verlängerung des Socialistengesetzes sind mit geringen Mehrheiten zu Stande gekommen. Es ist also durchaus nicht einerlei, ob in diesem oder jenem Bezirk ein Nationalliberaler durchdringt oder den Gegnern unterliegt, und der Sieg wird uns bei einiger Rührigkeit unserer Parteimitglieder in vielen Fällen zufallen, wo er uns bei den letzten Wahlen verloren gegangen ist.

Damals lagen die Verhältnisse auch ganz anders wie heute. Damals galt es, gegen das Tabakmonopol Stellung zu nehmen und für die Freiheit der Wahlen einzutreten, während heute die Sicherheit der staatlichen Grundlagen in Frage gestellt ist, wenn nicht die gemäßigten Mittelparteien sie verbürgen im Kampfe gegen die Parteien des Umsturzes und des Gehenlassens. Heute ist es die sociale Frage, deren theilweise Lösung angestrebt werden muß und diese Frage nöthigt die staatserhaltenden Parteien, fest zusammenzustehen und alle Kräfte zu sammeln, um nicht von der heranstürmenden Fluth überschwemmt zu werden. Die Deutschfreisinnigen sagen: Gebt den Socialisten nur alle Rechte, welche die übrigen Staatsbürger haben, dann wird sich durch das freie Spiel der Kräfte schon ein gesundes Verhältniß herstellen lassen! Mischt euch nicht darein, wenn die Arbeiter durch Unfälle und Krankheit arbeitsunfähig werden, sie mögen zu den Privatversicherungsgesellschaften gehen und selbst dafür sorgen, daß sie in solcher Lage Entschädigung und Unterstützung erhalten. Oder wenn sie durch Alter arbeitsunfähig geworden sind, so mögen sie von Altersversorgungsanstalten unterstützt werden, in die sie sich zur rechten Zeit eingekauft haben! Nein, und tausendmal nein! Die socialistische Entwickelung ist keine gesunde Entwickelung, die sich selbst überlassen werden darf, sie ist ein Krebsschaden, der am Marke der Staaten frißt und der nur durch scharfe Mittel beseitigt werden kann. Unthätigkeit und Gehenlassen diesem Uebel gegenüber ist die größte Thorheit, welche sich einst bitter rächen wird. Das haben auch Mitglieder der deutschfreisinnigen Partei eingesehen, denn sonst würden sie nicht für Verlängerung des Socialistengesetzes und für das Unfallversicherungsgesetz gestimmt haben.

Die Deutschfreisinnigen sind schon in der letzten Session des Reichstages gespalten gewesen, kaum war die Verschmelzung geschehen, als die widerstrebenden Elemente schon wieder auseinanderstiefen. Dieser Entwickelungsproceß hat bis zu den kommenden Wahlen noch weitere Fortschritte gemacht, denn es ist vielen Deutschfreisinnigen zum Bewußtsein gekommen, daß die Fortschrittler weder für die socialen noch für die nationalen Aufgaben Verständniß besitzen, und deshalb ist die Hoffnung berechtigt, daß viele, welche bisher der deutschfreisinnigen Partei angehörten, am 28. October für nationalliberale Candidaten stimmen werden. Die Führer der deutschfreisinnigen stellen die Sache so dar, als wenn die Nationalliberalen den liberalen Grundsätzen abtrünnig geworden wären. Das Umgekehrte ist der Fall. Ist es etwa liberal, den socialistischen Umtrieben unthätig zuzusehen und den Vernichtungsproceß sich widerstandslos gehalten zu lassen? Oder ist es vielleicht liberal, der deutschen Nation die Mittel vorzuenthalten, um in fernen Ländern mit der Achtung gebietenden Sicherheit aufzutreten, welche ihrer gebührt und auf welche sie nicht Verzicht leisten kann? Liberal kann in Deutschland nur genannt werden, wer auch national gesinnt ist, wer die Interessen der Gesammtheit schnöde preisgiebt, kann nicht auf das Prädicat liberal Anspruch machen. Und was soll denn der Name Fortschritt, Freisinn, wenn die Vertreter dieser Begriffe nur in der Untergrabung des Ansehens unserer Nation beim Auslande ihre Hauptaufgabe erblicken? Die Deutschfreisinnigen glauben genug gethan zu haben, wenn sie gegen Alles, was die Reichsregierung plant, Widerstand leisten. Da wo Widerstand geboten ist, leisten ihn die Nationalliberalen auch, aber zunächst richten sie ihre Blicke auf das Wohl der Gesammtheit und danach richten sie ihre Haltung ein. Dieser Unterschied zwischen Deutschfreisinnigen und Nationalliberalen ist so in die Augen springend, so tiefgehend, daß er keinem wahrhaft liberal Gesinnten verborgen bleiben kann und deshalb hoffen wir zuversichtlich, daß die liberalen Wähler in Stadt und Land bei den nächsten Wahlen nationalliberale Candidaten wählen werden. Mit dieser Hoffnung begrüßen wir die Verkündigung des Wahltermins.

Leipzig, 22. September 1884.

* Die Kaiserliche Verordnung, die Wahlen zum Reichstage betreffend, hat folgenden Wortlaut:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen ꝛc.

verordnen auf Grund der Bestimmung im §. 14 des Wahlgesetzes vom 31. Mai 1869, im Namen des Reichs, was folgt:

Die Wahlen zum Reichstage sind am 28. October 1884 vorzunehmen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Schloß Benrath, den 18. September 1884.

(L. S.) Wilhelm.
von Bismarck.

* Vom Reichskanzler Fürsten Bismarck ist, wie der Düsseldorfer Anzeiger mittheilt, Herrn Mathias Cronen folgendes Schreiben zugegangen:

Berlin, 18. September 1884.

Eurer Wohlgeboren gefällige Mittheilung vom 11. d. M. habe ich erhalten. Es würde mich gefreut haben, Ihrer persönlichen Bekanntschaft zu machen, aber leider hat mich der Versuch, den ich mit der sechen beendeten Reise nach Polen gemacht habe, überzeugt, daß mein Gesundheitszustand es mir verbietet, Seine Majestät den Kaiser auch nach dem Rheine zu begleiten.

Ich bedaure dies um so mehr, als ich die Gelegenheit meiner Anwesenheit in Düsseldorf gern benutzt haben würde, um Ihre Treibereien und Gartenanlagen selbst kennen zu lernen.

v. Bismarck.

* Das Plenum des Reichs-Versicherungsamtes hat am Donnerstag die erste Sitzung abgehalten. Dasselbe besteht aus den drei ständigen Mitgliedern Präsident Bödiker, Regierungsrath Dr. Kayser, bisher Hilfsarbeiter im Reichsjustizamt, und Bergmeister Berg, bisher in reichsländischen Diensten, und aus den vier vom Bundesrathe gewählten Mitgliedern: dem bayerischen Ministerialrath Herrmann, sächsischen Geheimen Regierungsrath Büttcher, großherzoglich badischen Gesandten Freiherrn Marschall von Bieberstein und großherzoglich weimarischen Bevollmächtigten Staatsrath Dr. Heerwart. Das eingegangene Material war, wie wir vernehmen, sehr umfangreich; auch machen bei der Neuheit der ganzen Sache und Thätigkeit die Ausführungen noch unerwartete Schwierigkeiten, so daß die Gesammtberathungen sich bald wiederholen dürften. Nach Paragraph 92 des Reichsversicherungsgesetzes können in den einzelnen Bundesstaaten für das Gebiet und auf Kosten derselben Landes-Versicherungsämter von den Landesregierungen errichtet werden. Bis jetzt ist die Errichtung eines solchen Landes-Versicherungsamtes noch nicht in Sicht. Wenn einzelne Bundesregierungen eine solche Absicht hegen sollten, so dürfte die Ausführung dieses Vorhabens davon abhängen, ob die in den betreffenden Staaten sich bildenden Berufsgenossenschaften auf das bezügliche Landesgebiet beschränkt werden und ob die in dem Staate vorhandenen Berufsgenossenschaften genügen werden, um den vollen Apparat eines eigenen Versicherungsamtes in Anwendung zu bringen. Alle diese Einzelfragen lassen sich noch nicht hinreichend übersehen. Die Wahl der weiteren vier nichtständigen Mitglieder des Reichs-Versicherungsamtes, von denen je zwei mittelst schriftlicher Abstimmung von den Genossenschaftsvorständen und von den Vertretern der versicherten Arbeiter aus ihrer Mitte unter Leitung des Reichs-Versicherungsamtes zu wählen sind, dürfte noch längere Zeit in Anspruch nehmen. Das Reichs-Versicherungs-Amt ist bekanntlich berufen, über Streitigkeiten zu entscheiden, welche sich auf die Rechte und Pflichten der Inhaber der Genossenschafts-Aemter, auf die Auslegung der Statuten und die Giltigkeit der vollzogenen Wahlen beziehen. Bei diesen Entscheidungen sollen die genannten nichtständigen Mitglieder hauptsächlich mitwirken.

* Zu dem Thema: „Was ist an der Westküste Afrikas geschehen?" schreibt die „Hamburger Börsenhalle":

Wir gaben kürzlich der „erklärlichen und berechtigten" Ungeduld Ausdruck, mit welcher das deutsche Publicum „officielle Mittheilungen über die Annexe des deutschen Reiches von Dr. Nachtigal an der westafrikanischen Küste unternommenen Schritte entgegensieht." Diese unsere Aeußerung bei uns eine, verschiedenen Berliner Blättern zugegangene, ausdrücklich als officiös bezeichnete Mittheilung hervorgerufen, welche zwar wiederum keine bestimmte Aufklärung, aber doch zu verstehen giebt, daß noch „verschiedenen Andeutungen von zuverlässiger Seite die amtlichen Actenstücke" — wenn sie nämlich einmal veröffentlicht werden — „die Sache in einer anderen Gestalt zeigen würden, als dies aus Privatberichten der meist direct betheiligten und freudig erregten Personen hervorging."

So dankbar wir nun auch das Zugeständniß entgegennehmen, daß unser Drängen auf endliche amtliche Information „erklärlich und berechtigt" gewesen, so können wir doch den Eindruck nicht los werden — und Mittheilungen aus unserem Leserkreis beweisen uns, daß dort dieselbe Auffassung herrscht — daß die officielle Kundgebung uns gerade so klug gelassen hat, wie vorher. Vielleicht sagen wir damit noch zu viel, denn was das Weiteren in der officiösen Mittheilung gesagt wird, ist gerade zu geeignet, die wirkliche Sachlage zu verdunkeln und zu verwirren. Was für eine Art von amtlichen Handlungen des Herrn Dr. Nachtigal kann es denn wohl gewesen sein, oder in welcher Weise kann er die ihm ertheilte Instruction zum öffentlichen Ausdruck gebracht haben, wenn, wie jetzt officiös gesagt wird, die „direct betheiligten und freudig erregten Personen" ihn so völlig mißverstanden haben, daß die amtlichen Actenstücke, die wir aber immer noch nicht zu sehen bekommen, die Sache ganz anders darstellen werden, als die Augenzeugen sie aufgefaßt haben? Und ist dies ein Zustand, der auch nur einen Tag länger dauern sollte, als absolut unvermeidlich ist? Deutschland tritt in die Bahn einer, wie behauptet wird, großen colonialen Politik ein; es beschreitet damit ein ganz neues, außerordentlich schwieriges Feld, und das erste praktische Vorgehen erfolgt sofort in so unklarer Weise, daß die Nächstinteressirten und dürftig Unbeteiligten „freudig erregt" etwas ganz anderes zu erleben glauben, als nach den zu erwartenden amtlichen Berichten wirklich geschehen sein soll. Was ist denn aber in Wirklichkeit vorgefallen, und warum sollen wir das nicht wissen? Oder soll vielleicht angedeutet werden, daß die freudige Erregung etwas voreilig gewesen sei? Warum wird ferner nichts gesagt über die ebenfalls bereits seit Wochen bekannten Rückschläge, über die Wiederbeseitigung bereits aufgewehnt gewesener deutscher Hoheitszeichen und über die angeblich stattgefundene, inzwischen von anderer Seite allerdings sehr abgemilderte angebliche Insultirung eines deutschen Reichsbeamten durch Eingeborene?

Das Verlangen, die Wahrheit über diese Dinge endlich zu erfahren, ist kein bloßer Drang der Neugier, sondern entspricht einem ganz erheblichen Interesse. Soweit uns bekannt, sind augenblicklich allein in Hamburg drei verschiedene Unternehmungen im Zuge, welche auf die Errichtung neuer deutscher Handelsniederlassungen an der westafrikanischen Küste abzielen. Sollte man es für gleichgiltig für diese Projecte halten, ob die beabsichtigten Unternehmungen auf wirklich deutschem Gebiete ins Leben treten können, oder ob das deutsche Reich lediglich den von bereits dort anfässigen deutschen Kaufleuten erworbenen Terrain seinen mächtigen Schutz zugesichert hat, ohne daß dieser Schutz sich auf darüber hinausgehende neue Niederlassungen mit erstrecke, so würde man ganz entschieden irren. Das Zurückhalten mit allen officiellen Berichten läßt bereits an, die anfänglich freudig erregte Stimmung nicht nur stark zu ernüchtern, was für sich allein kein großes Unglück wäre, sondern auch Zweifel darüber hervorzurufen, wie weit denn die Reichsregierung zum Schutze deutscher Handelsinteressen an den afrikanischen und analog auch an andern fernen Küsten zu gehen wirklich entschlossen ist. Die eingangs erwähnte officiöse Mittheilung kommt nämlich in ihrem weiteren Verlaufe wieder auf die schon früher ausgesprochene Ansicht zurück, daß Deutschland in seiner colonialen Politik nur so weit gehen dürfe, als es nicht Gefahr laufe, in coloniale Händel verwickelt zu werden. Solche Verwickelungen sind aber, wie die Geschichte aller Zeiten und aller Völker lehrt, stets unvermeidlich gewesen und der am wenigsten Erfolg versprechende Weg, ihnen zu entgehen, wäre, von Anfang an Unklarheit darüber bestehen zu lassen, was Deutschland wirklich zu thun gedenkt oder bereits gethan hat. Uncivilisirten Völkern wie eifersüchtigen fremden Colonieen und Regierungen imponirt man mit Unklarheit am wenigsten. Ein klar und bestimmt ausgesprochener fester Wille und ein genau abgesstecktes Ziel halten den Streit fern, das Gegentheil ruft ihn aller Orten hervor.

* Laut Bericht des am Freitag von der Westküste Afrikas in Hamburg angekommenen Dampfers „Acassa", Capt. Wallace, war das deutsche Dampf-Kanonenboot „Möwe" zu Anfang August nach Kamerun zurückgekehrt, jedoch nach einigen Tagen Aufenthalt wieder südwärts gegangen. Weiteres war nicht zu berichten. — Man schreibt der „Hamburger Börsenhalle" aus Liverpool: „In hiesigen kaufmännischen Kreisen herrscht große Verstimmung über die jüngst seitens Deutschland erfolgte Annexion der Häfen an der westafrikanischen Küste, und insbesondere von Kamerun; man beabsichtigt daher, in den nächsten Tagen einige öffentliche Versammlungen abzuhalten, um die Angelegenheit zu berathen und der Regierung den Beweis zu liefern, daß jene Annexion für den britischen Handel wahrscheinlich von schädigender Wirkung sein werde. Diese Besorgniß hat sich durch die in Liverpool eingetroffenen Nachrichten über die von den Franzosen gefaßten Pläne noch gesteigert. Es heißt nämlich, daß die französischen Behörden in Gabun demnächst einen Tarif einzuführen gedenken, welcher thatsächlich den Import englischer und fremder Waaren in die Colonie verhindern wird, indem alle in Gabun eingeführten Waaren fremden, d. h. nicht französischen Ursprunges mit einem 60 Percent höheren Zoll belegt werden sollen, als die in Frankreich hergestellten Artikel. Man fürchtet nun, daß wenn Deutschland Kamerun behält, es dort zu Gunsten der Deutschen ebenfalls einen Tarif einführen wird, welcher die Engländer ausschließt, obgleich letztere dort bereits hundert Jahre (?) Handel treiben, während die Deutschen erst zehn Jahre (?) dort sind, und die britischen Interessen sechs Mal (??) so groß sind als die deutschen. Ueberall wird behauptet, daß man Kamerun stets als unter britischem Protectorate stehend betrachtet habe, und daß Fürst Bismarck, wenn ihm die Sache nur ordentlich klar gemacht würde, das Gebiet sofort wieder aufgeben werde. „Das letztere bezweifeln wir", bemerkt die „Hamburger Börsenhalle".

* In einem längeren Artikel spricht sich die Londoner „Times" aus Anlaß der gegenwärtig am Rhein stattfindenden Kaisermanöver, denen auch eine Anzahl namhafter englischer Officiere beiwohnt, über unser deutsches Militairwesen aus. Die Vorzüge desselben erkennt das Cityblatt in nachstehenden Bemerkungen rückhaltlos an:

„.... Vierzehn Jahre schon sind vergangen, seit der Welt der unanfechtbare Beweis von der Ueberlegenheit des deutschen Militairsystems vor Augen geführt wurde, und während dieser Zeit ist ganz Europa bestrebt gewesen, mehr oder weniger dem deutschen Vorbilde nachzueifern. Keinem der Schüler ist es indeß bisher gelungen, einen Meister zu übertreffen, der unausgesetzt auf Mittel